

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlenbrück, Röntahl, Kierspe, Kierspe-Ohl, Vollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Tönnis, Ohl, Ruppberg, Radenbornwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf.

Telegraphen-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 294

Er erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich am Volshalter abgeholt 4,50 Mk.
Durch die Posten 5,40, durch den Briefträger frei ins Haus geschickt 5,40 Mark.

Halver
Mittwoch, den 17. Dezember.

20. Jahrgang

Die Zwangsehe.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Die Not des Vaterlandes hat dazu geführt, daß für die Regierung im Reich wie in Preußen sich Parteien zusammenfanden, die bis dahin allenfalls in der Opposition für längere oder kürzere Zeit gemeinsame Ziele verfolgt hatten, in der ungleich schwierigeren Übung schaffender Regierungsfunktion dagegen noch so gut wie gar keine praktische Erfahrung besaßen. Eine Zwangsehe nannte Kultusminister Baumbach das so entstandene Verhältnis zwischen Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrum der preussischen Landesversammlung. Die Umstände, die sie herbeigeführt, dauerten noch an — er meinte damit die „Brüderlichkeiten“ unter den beiden sozialistischen Parteien — und wer die gegenwärtig bestehende Krise in der Regierungsmehrheit verlängern oder gar verschärfen wollte, der möge bedenken, daß man zwar den Anhang eines Bruches sehen könne, über das Ende aber nicht mehr Herr sei. Daß auch die Reichspresse die Lage als gefährdet ansehe, beweist die Konferenz des Reichspräsidenten mit Zentrumsführern beider Fraktionen. Sie diente natürlich nur der Klärung, nicht der eilfertigen Lösung der Meinungsverschiedenheiten, die, weil sie die Einschätzung geistiger Werte betreffen und den inneren Kern von Weltanschauungen ausmachen, viel zu tief sitzen, als daß sie durch ein paar freundliche Worte zu beheben wären. Aber man hat wenigstens dafür Sorge getragen, daß vorläufig in den strittigen Dingen keine Entscheidung gefällt zu werden braucht; die weiteren Ausschüßberatungen über die Frage der Zulassung der Schiedsdeputationen wurden ausgesetzt, damit nach dem schärferen Vorstoß des Zentrums die Gemüter sich zunächst einmal wieder etwas beruhigen, damit durch unformelle Aussprache von Mann zu Mann, unter vier Augen forsachend, die Empfindlichkeiten hüben und drüben ausgeglichen und neue Wege zu einer Verständigung gefunden werden können. In der Ehe muß auch vielerlei geglättet und unterbreitet werden, was, wenn man es ungehindert wollte gewähren lassen, den ewigen Bund nur zu bald wieder sprengen müßte. Die Zwangsehe ist ein noch viel empfindlicheres Instrument; um so vorsichtiger, um so duldsamer sollte man damit umgehen.

Wie in Preußen das Zentrum, so möchten im Reich die Demokraten außer der Reihe tanzen. Reichsnotopfer und Betriebsrätegesetz haben es ihnen angetan. Daß Herr Erzberger dieser Lage bei der zweiten Lesung des Notopfers mit etwas herber Handbewegung auf seine dicke Mehrheit hinwies, ist ihnen offenbar nicht weniger als angenehm gewesen, und sie sehen der letzten Abstimmung mit einigem Herzklappen entgegen. In dem Widerstand aus den Kreisen von Handel und Industrie, von Banken und Verkehr kann gerade die demokratische Partei unmöglich achtlos vorübergehen — es scheint aber, als warte sie auf ein Wunder, daß sich in allerlester Stunde noch einstellen soll, während es doch einzig und allein möglich wäre, mit Entschlossenheit zuzugreifen, ehe die Entscheidung gefallen ist. Das ist das Wesen der Verantwortung; wer in so kritischen Augenblicken zaudert, sich auf den Gegenseiten verläßt, der von ihm die aufhaltende Tat erwartet, die nur bei gemeinsamer Überlegung gedeihen kann, der läuft Gefahr, fallgelassen zu werden. Ganz ähnlich steht es mit dem Betriebsrätegesetz. Die erheblichsten Steine des Anstoßes glaubt man zwar schon aus dem Wege geräumt zu haben, aber es stellen sich immer wieder neue Bedenken und Bedenkllichkeiten ein, und in dem Versuch, auch ihnen gerecht zu werden, hat die Vorlage nach und nach eine schier unendliche Gestalt angenommen. Wie sie jetzt aussieht, kann sie keinem Teile mehr zur rechten Freude gereichen; das „soziale Betriebsrätegesetz“, das die Reichsregierung mit ihr der deutschen Arbeiterchaft zugedacht hatte, kann unter dem Christbaum ruhig stehen, es wird nirgends vernichtet werden. Man hat sich auch schon so gut wie entschlossen, die Verabschiedung des Gesetzes jetzt nicht übers Anzei zu brechen, sondern sich dazu bis nach der Weihnachtspause Zeit zu lassen. So besteht wenigstens die Möglichkeit, aus dieser Zwangsehe einen Spießhölzchen hervorgehen zu lassen, den man nicht gleich von seinem ersten Tage an als totgeborenes Kind zu bezeichnen braucht. Auch Zwangsehehinder wollen ausgetragen sein.

Deutsche Nationalversammlung.

(120. Sitzung.) OB. Berlin, 13. Dezember.
Eine ganze Reihe von Verhandlungspunkten liegt auch für die heutige Sitzung vor. Zunächst wurde heute der deutsch-polnische Vertrag über die vorläufige Regelung von Beamtenfragen

behandelt. Die polnische Regierung hat gebeten, ihr die deutsche Beamtenchaft in den abzutretenden Gebieten in möglichst großem Umfange für die Übergangszeit zu belassen. Die Reichsregierung war grundsätzlich dazu bereit, wenn die Beamten in keiner Weise an ihren wohnortlichen Rechten gekürzt würden. Der Vertrag hat einmütigen noch vorläufigen Charakter. Er bestimmt, daß polnische Vertrauenspersonen bei den deutschen Behörden in den Abtretungsgebieten zugelassen werden. Die Verwaltung der abzutretenden Gebiete soll allmählich an die polnische Regierung übergehen. Die Befassung der Beamten soll sich auf zwei Monate erstrecken. Die polnische Regierung verzichtet auf ihr Privatrechtsrecht zugunsten dieser Beamten, die auf dem Boden bleiben. Ihnen wird der volle Schutz der polnischen Regierung gewährt.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Müller, empfahl die Vorlage, indem er darauf hinwies, die Beamtenfragen seien so dringend, daß sie so schnell wie nur möglich erledigt werden müßten. Es wäre dann eine besondere Vorlage notwendig, weil die deutsch-polnischen Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt sind. So lange eine Reihe wichtiger Fragen, die den Gegenstand dieser Verhandlungen bilden, noch nicht endgültig geregelt sind, könnten auch die Beamtenfragen noch keine endgültige Regelung erfahren. Die polnische Regierung wird nach Ablauf des Provisoriums kaum in der Lage sein, eigene Beamten in genügender Menge einzustellen. Es ist daher in Aussicht genommen, deutsche Beamte für längere Zeit im polnischen Gebiet zu belassen. Die deutsche Regierung kann sich auf eine Vereinbarung selbstverständlich nur dann einlassen, wenn alle die Beamten betreffenden Fragen eine für sie befriedigende Regelung

finden. Die notwendigen Entscheidungen mit der polnischen Regierung müssen bis zu Beginn des nächsten Jahres getroffen werden. Selbstverständlich wird der Nationalversammlung nach möglichem Kenntnis gegeben werden. Das Gesetz wurde darauf in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.

Alsdann wurde die Vorlage zur Abänderung des Bankgesetzes ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung nach dem Beschlusse des Ausschusses angenommen. Es folgte die zweite Beratung des Gesetzes zur

Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen. Danach ist bei Verbrechen oder Vergehen, die ein Deutscher im In- oder Auslande während des Krieges bis zum 28. Juni 1919 gegen feindliche Staatsangehörige oder feindliches Vermögen begangen hat, das Reichsgericht für die Untersuchung und Entscheidung in erster und letzter Instanz einschläßig zuständig.

Abg. Dr. Cohn (l. Soz.) beantragte besondere Volksgerichte einzuführen, die über diese Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen entscheiden sollten. In seinen weiteren Ausführungen nannte der Redner den Gesetzesentwurf einen sehr späten Versuch, das Recht wieder wachen zu lassen. Als er dann auf die zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts und des allgemeinen Rechts hinwies, die seitens der deutschen Kriegsführung und der an ihr beteiligten Personen begangen worden seien, konnte ihm von rechts her der Ruf entgegen: „Wenden Sie sich doch an die Gegner!“ Darauf sagte der Redner: „Die Herren scheinen der Meinung zu sein, daß das Recht die Wehre der Kriegspolizei wäre.“ Die Regierung sollte über den Namen dieses Gesetzes hinaus viel schärfer auch die Verletzungen verfolgen, die von militärischen Vorgesetzten gegen Untergebene im Inlande verübt worden sind. Die Politik, die seinerzeit den Friedensvertrag an dem sogenannten Grenzpunkte absetzen lassen wollte, darf sich nicht wiederholen.

Reichsjustizminister Schiffer wies verschiedene Behauptungen und Unterstellungen des Redners, als ob die Vorlage nicht eine gemeint sei, als ob man dabei in der Verfolgung dieser Verbrechen oder Vergehen nachlässig gewesen sei, auf das entschiedenste zurück. Ferner bemerkte der Minister, das Reichsgericht müsse erkennen, daß die Vorlage nicht eine gemeint sei, als ob man dabei in der Verfolgung dieser Verbrechen oder Vergehen nachlässig gewesen sei, auf das entschiedenste zurück. Ferner bemerkte der Minister, das Reichsgericht müsse erkennen, daß die Vorlage nicht eine gemeint sei, als ob man dabei in der Verfolgung dieser Verbrechen oder Vergehen nachlässig gewesen sei, auf das entschiedenste zurück.

Bei der weiteren Beratung empfahl Abg. Dr. Landberg (Soz.) die Vorlage und wandte sich ebenfalls gegen verschiedene Angaben und Behauptungen des Abg. Dr. Cohn. Unter anderem erwähnte Dr. Landberg, daß seinerzeit unter einer Mitarbeit des Herrn Cohn ein Gesetzesentwurf zur Verfolgung von Kriegsverbrechen ausgearbeitet worden sei, den aber der Rat der Volksbeauftragten, dem drei Unabgängige angehörten, einstimmig abgelehnt habe. Ein Unabgängiger sagte dabei, man wisse bei

solchen Revolutionstribunalen zwar, wie sie anfangen, aber nicht, wie sie aufhören. Deshalb lehne er ab. Sodann stellte der

Reichsminister des Auswärtigen, Müller, fest, daß ein Zusammenhang der Vorlage und der Ratifizierung des Friedensvertrages nicht bestehe. Wenn die deutsche Regierung die Auslieferungsfälle bei den alliierten Regierungen zur Sprache gebracht habe, so sei das gegeben, weil sie sich der Bedeutung dieser Frage für das Staatsleben Deutschlands bewußt sei. Der Minister schloß mit der Hoffnung, daß die Staatsmänner der alliierten Regierungen dasselbe Verständnis für das Friedensbedürfnis ihrer Völker haben würden, wie es bei uns der Fall sei. Er hoffe, das Entgegenkommen, das von uns bewiesen würde, werde zu einer Lösung der Krise führen. Die Vorträge des Abg. Cohn wurden hierauf abgelehnt und das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Verlegung des Betriebsrätegesetzes über Weihnachten.

Vorher aber das Haus sich verabschiedete, entspann sich eine Geschäftsordnungsdebatte von einundzwanzig Dauer über die Frage, ob das Betriebsrätegesetz noch vor Weihnachten erledigt werden könne. Der Abg. Böbel (Soz.) erklärte: Wir verlangen, daß das Betriebsrätegesetz noch vor Weihnachten verabschiedet wird. Die Arbeiter würden eine längere Verzögerung nicht verstehen. Das Zentrum und die Deutschen Nationalen stießen durch die Abg. Zimmermann und Schie zu erklären, daß das tatsächlich unmöglich sei. Der Abg. Hentze (l. Soz.) machte darauf den Vorschlag, das Betriebsrätegesetz zu erledigen und dafür die Umfassung zurückzustellen. Nach weiteren Auseinandersetzungen ergab sich, daß von einer Verlegung des Betriebsrätegesetzes noch vor Weihnachten abgesehen werden wird.

Nächste Sitzung Dienstag.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Reichsgesetz gegen die Spieltübs. Wie halbamtlich gemeldet wird, liegt der Entwurf eines Gesetzes gegen das Glücksspiel bereits dem Reichsrat zur Beschlußfassung vor und dürfte schon in den nächsten Tagen dort erledigt werden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Nationalversammlung noch vor ihrer Verlegung das Gesetz enogültig verabschiedet.

+ Vernehmung Wilhelm II. vor dem Untersuchungsausschuß. Der erste Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschäftigte sich mit der Verteilung der Rezerate für den Fragebogen über die Vorkriegszeit und das Verhalten der deutschen Regierung zwischen dem Attentat von Serajewo und dem Ultimatum. Es wurde angeregt, den Kaiser ebenfalls zu vernehmen, eventuell durch Vermittlung Hollands, doch wurde die Entscheidung hierüber zurückgestellt, bis die Auskunftspersonen ihre Antworten eingereicht haben. Als Sachverständige sind neu hinzugezogen Professor Dr. Schöler und Professor Dr. Schöner. Die nächste Sitzung des Untersuchungsausschusses wird im Januar stattfinden.

+ Zeitungen und Betriebsrätegesetz. Der Betriebsräteauschuß der Nationalversammlung hielt mit den Schriftleitern der Berliner Zeitungen eine Besprechung ab, um sich über die besonderen Verhältnisse des Zeitungsgewerbes unterrichten zu lassen. Die Frage, welche Stellung das Zeitungsgewerbe im Gesetz einnehmen wird, wird in einem Untersuchungsausschuß beraten werden.

Ungarn.

+ Vierzehn Todesurteile. Im Terroristenprozeß hat der Gerichtshof gegen vierzehn Angeklagte das Todesurteil ausgesprochen, unter anderem gegen Josef Giering wegen Anstiftung zum Mord in sieben Fällen, gegen Gabriel Gionor wegen vierfachen Mordes, gegen Franz

Kasas, Gega Neumann und Martin Voelcher wegen dreifachen Mordes, gegen Alexander Bap und Eihor Bonghati wegen Anstiftung zum Mord in je drei Fällen. Den Verurteilten wurden außerdem noch Raub, Vergewaltigung, Hehlerei und dergleichen nachgewiesen. Die übrigen Angeklagten wurden zu Kerkerstrafen verurteilt.

Großbritannien.

+ Selbstverwaltung für Irland. Aus London wird gemeldet, daß das irische Verfassungsgesetz am Montag dem Parlament vorgelegt werden soll. Wahrscheinlich wird sich das Haus nur einen Tag mit der Beratung beschäftigen und dann in die Weihnachtsferien gehen. Angeblich soll die Verfassungsänderung so weitgehend sein, daß Irland auf Grund der neuen Verfassung vollständiges Selbstbestimmungsrecht und eigene Verwaltung bekommt. Eine Reihe wirtschaftlicher und militärischer Vorbehalte werden jedoch getroffen, um die Selbstständigkeit von englischer Seite „kontrollieren“ zu können.

Dänemark.

+ Ablehnung des russischen Friedensangebotes. Die Mitteilungen, die Litwinow, der Vertreter Sowjetrusslands, den Vertretern Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten über das Friedensangebot der Sowjetregierung ausgestellt hat, sind ihm zurückgeschickt worden. Die Vertreter weisen darauf hin, daß Litwinow über sein Mandat hinausgehe, da die Kopenhagener Konferenz einzig dem Austausch der Kriegsgefangenenen und der Heimführung der Staatsangehörigen gewidmet sei. Andererseits wären sie der Ansicht, daß die Verpflichtungen Dänemarks gegenüber nicht eingehalten würden, wenn der Aufenthalt Litwinows politischen Zielen diene, da Dänemark die Konferenz nur für humanitäre Zwecke bewilligt habe.

Amerika.

+ Austrittsabsichten Vanings. Wie die amerikanischen Blätter behaupten, soll Staatssekretär Lansing die Absicht haben, zu demissionieren. Wegen der mexikanischen Frage sei ein Zwiespalt zwischen dem Staatssekretär und Wilson aufgebrochen. Im übrigen sei auch festgestellt worden, daß der Präsident während seiner ganzen Amtszeit Lansing nicht ein einziges Mal empfangen habe.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Nach einer kürzlichen Meldung wurde das deutsch-schweizerische Wirtschaftsabkommen vom 12. Juni 1919, das am 1. November auslaufen wird, einmütig bis Ende dieses Jahres verlängert, damit inzwischen ein neues Abkommen vereinbart werden kann.

Washington. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat beschlossen, den Alliierten einen Zuschuß der Zahlung der verbleibenden Raten für zwei Milliarden Pfund Sterling zu bewilligen, die sie ihnen während des Krieges geliehen hat.

Aus deutschen Dokumenten.

Weitere Randbemerkungen Wilhelms II.

Von ausschlaggebender Bedeutung war vor Kriegsausbruch natürlich die Haltung Rußlands. Einerseits wußte man, daß sich Rußland als unbedingter Schutzherr aller slavischen Staaten betrachtete, glaubte aber trotzdem nicht, daß ihm und besonders dem Baren die Rolle itegen würde, die Mörder von Serajewo zu decken. Einen Einbiß in diese Dinge gewahren zwei längere Tepechen des Petersburger Hofschaffers an den Kaiser und des dortigen Militärbefehlshabers an den Kaiser. Beide sind wiederum mit unten angefügten Randbemerkungen Wilhelms II. versehen.

Osterreich, Serbien und Rußland.

Am 26. Juli 1914 drabte unter Petersburger Hofschaffers folgendes an den Kaiser:

„Der gegenwärtigen Situation widmet die heftige „Romoje Bremen“ drei Artikel. Der erste, die „Osterreichische Depeche“ übertriebene Artikel lacht die in der Osterreichischen Ro'e enthaltenen Hinweise auf die verbrecherische Tätigkeit serbischer Offiziere und Beamter zu diskreditieren und vergleicht sie mit dem Kriegungs-Prozeß. Das Vorgehen Osterreichs beweise nur eins, nämlich die Absicht, Serbien zu vernichten. Weiter heißt es dann, Osterreich werde sich ohne das Einverständnis Deutschlands nie dazu entschließen, eine neue und öffentliche Verletzung des Völkerrechts zu begehen. Der deutche Kaiser brauche nur zwei Worte zu sagen!) und Osterreich werde seine Note zurücknehmen. Dem Kaiser sei bekannt, daß Rußland Serbien mit seiner ganzen militärischen Macht unterstützen werde, daß der Überfall auf Serbien den Krieg mit Rußland bedeute, sowie, daß Deutschland und Frankreich dann in den Krieg hineingezogen werden würden. Die moralische Verantwortung für die drohende Vernichtung der europäischen Zivilisation (also auf Deutschland und seinen erhabenen Führer.“

Danke!

„Nein, das war mir nicht bekannt! Ich konnte nicht voraussehen, daß der Zar sich auf seinen von Fanditen und Königsröbern stellen würde, selbst auf die Gefahr hin einen Europ. Krieg zu entfesseln. Dieser solchen Mordanschlag in ein Germanen unfähig, die ist Slavisch oder Lateinisch.“

„Die slavischen Brüder.“

Der Petersburger deutche Militärbefehlshaber a. d. Helms meldet am 28. Juli 1914 durch das russische Amt an den Kaiser:

„Fürst Trubezkoi aus der Umgebung des Kaisers äußerte sich heute zu mir wie folgt: Nachdem nunmehr die Antwort Serbiens zurückgekehrt ist, muß man den guten Willen Serbiens anerkennen! Den slavischen Osterreich voll und ganz nachzukommen, sonst hätte Serbien nicht in so irreumkehrlichem Ton die unerhöht schärfe Note Osterreichs beantwortet, sondern sie einfach... Die beiden strittigen Punkte konnte Serbien nicht einach annehmen ohne Gefahr einer Revolution und will sie einem Schiedsspruch unterbreiten. Dies ist durchaus loyal, und Osterreich würde eine schwere Verantwortung! auf sich nehmen, durch eine Nichtanerkennung dieser Haltung Serbiens einen europäischen Konflikt heraufzubekommen. Als ich erwiderte, die Verantwortung liege auf Rußland, welche doch außerhalb des Konfliktes stünde, sagte Fürst Trubezkoi: Wir lieben die Serben gar nicht, aber sie sind

Menschenpaar.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 18. D.-z., nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr vom Sterbeause, Frankfurter-
straß 2a, aus statt.

Für den Weihnachtstisch empfehle:

Porzellan	Glas, Kristall	Stahlwaren	Aluminium-Geschirre	Lederwaren	Nickelwaren	Korbwaren
Kaffee-Service Tee-Service Obst-Service Zier-Tassen Brot-Körbe Blumen-Basen u. f. w.	Römer Freundschafts-Becher Weingläser Biergläser Vasen Schalen u. f. w.	Tischbestecke Desertbestecke Taschentmesser Rasiermesser Rasierapparate Scheren u. f. w.	Emaill-Geschirre Petrol- und Carbid-Lampen Einkoch-Apparate Bürstenwaren	Damen-Taschen Reise-Taschen Brief-Taschen Zigarren-Taschen Geldbörsen Photo-Albums u. f. w.	Ch-Büffel Thee-Büffel Torten-Schaukeln Brot-Körbe Torten-Platten Unterleher u. f. w.	Stadtförbe Handarbeitskörbe Kinderkörbchen Zeitungsmappen Reiseförbe Markttaschen u. f. w.

Reiche Auswahl in Geschenk-Artikeln aller Art!

Hugo Fischer, Radevormwald,

Kaiserstraße 55.

Grabenstraße 12.

Bäckergehülfe

sofort gesucht.

Adolf Köwenstrunk,
Halver.

Einige jugendliche

Arbeiter oder
Arbeiterinnenfür leichte Arbeit per sofort
gesucht.Wilh. Ranjer jr.,
Kierspe-Bahnhof.

Manufakturwaren

als

Anzug-, Kostüm-,
Mantel-, Kleider- u.
Blusenstoffe,

sowie

2409.

Wollwaren und
sonstige praktische
Weihnachts-Geschenke
kaufen Sie vorteilhaft beiAug. Beringhaus, Rönahl.
Fernsprecher Nr. 144

Obstbäume

in Qual.-Ware
und reichtragenden Sorten
empfiehlt

2405.

C. Bäge,

Eisbach bei Rothhausen,
Kr. Gummersbach.

Briefkassetten

in schöner Auswahl
mit Briefbogen in ver-
schiedenen Formaten mit
und ohne Druck

empfiehlt

Wilh. Bell jr.,
Halver.

Für das bevorstehende

Weihnachtsfest

empfiehlt

la. Rauchtabak,
Cigarren,
Cigaretten

nur beste Qualitäten.

Fritz Hermann Bohmer,
Schalksmühle.

Spielkarten

auch wieder vorrätig.

W. Bell jr., Halver.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des
Fabrikanten Viktor Wiße in Heesfeld bei Brügge ist
zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur
Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis
der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen —
und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht ver-
wertbaren Vermögensstücke — sowie zur Anhörung der
Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Ge-
währung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubiger-
ausschusses — der Schlusstermin auf
den 21. Januar 1920, Vormittags 11 Uhr
vor dem Amtsgerichte Lüdenscheid, Zimmer 87 bestimmt.
Lüdenscheid, den 13. Dezember 1919.

Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Amt Halver.

Mehlverteilung.

Von Donnerstag, den 18. Dezember bis einschl.
Mittwoch, den 24. Dezember kommt auf die Einfuhrzulass-
karte Nr. 19 für Mehl 500 Gramm Mehl zur Ver-
teilung. Die Abgabe geschieht nach folgendem Plane:

- a) Gemeinde Halver.
Nr. 801—1200 Geschäfte von Rob. Reininghaus,
und „ 1901—2360 Th. Bürger, C. Jsenburg und
Emil Dahlhaus in Halver.
„ 1351—1520 Kaufmann Max Laake in Ober-
brügge.
„ 1521—1630 Kaufmann Wilh. Alberts in Ebring-
hausen.
„ 1801—1880 Kaufmann Rud. Johann in Ert-
hausen.

b) Gemeinde Schalksmühle.

- Nr. 401—620 Geschäfte von W. Th. Reeswinkel
in Schalksmühle und W. Menges
in Dahlebrück.

Kunden der Konsumvereine kaufen dort, wo sie ein-
getragen sind. Der Preis beträgt 0,85 Mk. das Pfund.
Halver, den 16. Dezember 1919. Der Amtmann.

Amt Kierspe.

Nach § 11 Abs. 1 des Fischereigesetzes vom 11. Mai
1910, (G. S. S. 55) sind Fischereirechte, die nicht dem
Eigentümer des Gewässers zustehen, auf Antrag des Berech-
tigten in das Wasserbuch einzutragen. Nach § 11 Abs. 2
desselben Gesetzes erlöschen diese Rechte mit Ablauf von 10
Jahren, sofern nicht ihre Eintragung vorher in das Wasser-
buch beantragt wird.

Die 10jährige Frist beginnt:
1. In den Fällen des § 8 des genannten Gesetzes mit
dem Inkrafttreten des Gesetzes,
2. im Falle des § 9 mit dem Zeitpunkt der Zustellung
des Bescheides, in dem der Berechtigte auf diese Folge
der Nichteintragung hingewiesen ist und
3. in den Fällen, des § 10 Abs. 1 und 2 mit dem Zeit-
punkte des Entstehens der darin genannten Rechte.
Auf Rechte, die im Grundbuche eingetragen sind, finden
diese Vorschriften keine Anwendung.

Gemäß § 380 des Wassergesetzes in Verbindung mit
§ 11 Abs. 2 des Fischereigesetzes wird vorstehendes Hiermit
zur öffentlichen Kenntnis gebracht und gleichzeitig auf die
gesetzliche Folge der nicht rechtzeitigen Stellung des Ein-
tragungsantrages hingewiesen.

Kierspe, den 15. Dezember 1919.

Der Amtmann: Hildebrandt.

Amt Lüdenscheid.

Gemeinde Hülscheid.

Sitzung

der Gemeindevertretung von Hülscheid
am Freitag, den 19. Dezember 1919, nachm. 4 Uhr
im Lokale des Herrn Ernst Piepenstock zu Schalksmühle.

- Tagesordnung:
1. Einführung der Grundwertsteuer.
2. Einrichtung von Fortbildungsschulen (Berichterstattung
Herr Gemeindevorstandener Bunselmeyer).
3. Wahl des Schulvorstandes für die Fortbildungsschulen.
4. Trockenlegung der Keller im Gemeindehaufe.
5. Antrag Ed. Riggemann, Hülscheid auf Wegevermessung.
6. Wohlfahrtsbund (Wahl eines Vorstehenden).
7. Reparaturkosten am Gendarmenhaus.
8. Niederschlagung von Gemeindefeuern.
9. Armenangelegenheiten.
10. Anstellung eines Forstschutzbeamten.
11. Anlegung einer Pflasterlinie am Pastorat in Hülscheid.
12. Wahl eines Mitgliedes zur Schulbaukommission an
Stelle des verstorbenen Lehrers Schilling.
13. Wirtschaftliche Beiträge an ehemalige Krieger, Gefangene.

M. G. B. Oberbrügge

gegründet 1907.

Am 2. Weihnachtstage, 26. Dezember 1919,
im Saale des Herrn Ewald Eds

Weihnachtsfeier

verbunden mit dem

12. Stiftungsfeste

durch Konzert und Ball.

Anfang des Konzerts 4 Uhr — Ball 8 1/2 Uhr.
Kasseneröffnung 1/4 4 Uhr.Entree: Konzert 2.— Mk., Ball 3.— Mk.,
Konzert und Ball 4.— Mk.

Es ladet ergebenst ein

Der Vorstand.

AB. Unsere verehrt. passiven Mitglieder mit
ihren Damen werden hiermit freundlichst eingeladen.
Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

Infolge der am 1. 12. um 50 Prozent ge-
stiegenen Materialien für Fußbeschlag, sind wir ge-
zwungen, den Preis für Fußbeschlag um diese uns
entstandenen Mehrkosten zu erhöhen. Demnach stellen
sich die Preise ab 15. 12. wie folgt:

schwere Pferde Mk. 54.—
mittelschwere Pferde Mk. 46.—
leichte Pferde Mk. 36.—
und für Pony Mk. 28.—

Die vereinigten Fuß- und
Wagenschmiedemeister

der Kreise Altena u. Lüdenscheid-Stadt.

D. V. P.

Ortsgruppe Schalksmühle.

Einladung zur Versammlung

im Caffee Schulz

Mittwoch, den 17. Dezember, abends 7 1/2 Uhr.

Es spricht Herr Justizrat Schulz, Hagen über
„Unser Parteiprogramm“.

Da der Redner um 9 1/2 wieder zurück fahren muß, wird
um pünktliches Erscheinen gebeten. Freunde der Partei und
Gäste können mitgebracht werden. Der Abend soll uns
das Beste bringen für kommende Tage geben.

Erscheint darum zahlreich!

Der Vorstand.

Revision der Ziehunde.

Zum Zwecke der Verlängerung der Erlaubnisheine
für Ziehunde für das Jahr 1920 ersuche ich, dieselben
nebst den Fahrzeugen am Montag, den 22. Dezember
1919, vormittags 9 1/2 Uhr vor der Wirtschaft Heimbrock
hier selbst Hochstraße gegenüber der Stadtkohlenstelle vor-
zuführen.

Die vorgeschriebenen Unterlagen für die Ziehunde,
sowie die zum Auslegen bestimmten Decken ersuche ich, mit
zur Stelle zu bringen.

Lüdenscheid, den 15. Dezember 1919.

Der h. Amtmann: Krumm.

Allgemeine Ortskrankenkasse Kierspe.

Termine zur Zahlung der Beiträge stehen an:
In Kierspe am 29. Dez. von 10—12 u. 2—5 Uhr,
„ Kierspe-Whf. „ 30. „ „ 10—12 „ 2—5 „
„ Bomm „ 31. „ „ 10—12 Uhr vorm.
„ Oberbrügge „ 31. „ „ 2—4 1/2 „ nachm.

Pelze!

Hervorragend
schöne und reich-
haltige Auswahl
in allen modernen und
noch vorteilhaft zu be-
schaffenden Pelzarten

wie

Skunks-, Nerz,
Persianer, Stein-
und Edel-Marder-
Russ. Jills, Kreuz-
fuchs, Silberfuchs,
Alaskafuchs, Feh,
Seal-Bisom, Seal-
Elektrik, Chin. Marder,
Nerzmurmelt usw.

Prachtvolle Pelze

zu Mark 50, 60,
70, 80, 100
und höher
desgl. dazu passende

Muffen.

Reichhaltige Auswahl in

Herrenkragen

und kleidsamen

Pelz-Hüten.

Durch frühzeitige
Einkäufe billigste
Preise. 2429.

Umänderungen und
Extra-Anfertigungen
schnellstens.

Louis Wurm jr.,
Lüdenscheid.

Pelzwaren sollte
man nur im Fach-
geschäft kaufen.

Motorwaschmaschinen,
Nähmaschinen,
Schreibmaschinen
liefert preiswert

Carl Scobel,
Schalksmühle 2139.

Lederwaren,

Damentaschen

neueste Muster,

Portemonnaies,

Zigarren-Etuis,

Photographie-Albums,

Schreibmappen,

Brieftaschen usw.

Wilh. Bell jr., Halver.

Bilderbücher,

Märchenbücher,

Weihnachtskarten

usw.

empfiehlt

Fritz Hermann Bohmer,
Schalksmühle.